Schwarz-Gelb fährt die gesetzliche Krankenversicherung vor die Wand

Das Gesundheitssystem wird immer ungerechter

Immer mehr Kassen erheben seit Februar 2010 Zusatzbeiträge. Die Versicherten müssen nun neben dem Sonderbeitrag von 0,9 Prozentpunkten, der Praxisgebühr und Zuzahlungen zusätzlich mindestens acht Euro und bis zu 37,50 Euro pro Monat allein zahlen. Das bedeutet für viele Menschen eine große Belastung. Die Arbeitgeber dagegen zahlen keinen Cent.

„Kleine Kopfpauschale“: Auch SPD verantwortlich

Die Zusatzbeiträge waren und sind politisch gewollt. Der Gesundheitsfonds von CDU/CSU und SPD war von vornherein unterfinanziert. Auch Schwarz-Gelb will daran nichts ändern. Das Defizit müssen die Versicherten in Form von Zusatzbeiträgen allein ausgleichen. Die Krise verschärft das Einnahmeproblem der Kassen.

Über Zusatzbeiträge zur Kopfpauschale

FDP-Gesundheitsminister Rösler unternimmt nichts gegen die Zusatzbeiträge. Das hat seinen Grund: Schwarz-Gelb will die Kopfpauschale. Alle sollen den gleichen Beitrag zahlen - unabhängig von ihrem Einkommen. Die Angestellte zahlt künftig mehr als jetzt, ihr Chef dagegen weniger. Da kommen die Zusatzbeiträge als „kleine Kopfpauschale“ wie gerufen, um die Menschen schon einmal daran zu gewöhnen. Die Grundlage für die Kopfpauschale ist gelegt.

Zusatzbeiträge verhindern

Schnelles Handeln gegen Zusatzbeiträge ist daher erforderlich. DIE LINKE fordert in ihrem Antrag „Versicherte in der Krise schützen“ (Drucksache 17/495), das krisenbedingte Defizit des Gesundheitsfonds vollständig durch einen steuerlichen Zuschuss auszugleichen. Zudem könnten bis zu 5 Milliarden Euro mehr ins Gesundheitssystem fließen, wenn für ALG II-Bezieherinnen und -Bezieher endlich angemessene Krankenversicherungsbeiträge bezahlt würden. Die Zusatzbeiträge wären damit erst einmal vom Tisch.

Für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung

Das Solidarsystem ist nicht am Ende. Im Gegenteil. Es muss nur endlich gerecht ausgestaltet werden. Dafür brauchen wir die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Alle, auch die heute privat Versicherten, zahlen den gleichen prozentualen Anteil ihres gesamten Einkommens ein. Damit schaffen wir soziale Gerechtigkeit und stellen die gesetzliche Krankenversicherung auf eine dauerhafte, stabile Grundlage. So wäre ein Beitragssatz von 10 Prozent, also je 5 Prozent für die Arbeitgeber und 5 Prozent für die Beschäftigten bzw. Rentner, möglich. Sämtliche Zuzahlungen könnten abgeschafft werden. Krankheit kann jeden treffen - jeder soll daher auf die Unterstützung der Gesellschaft zählen können.

www.linksfraktion.de/buergerinnenversicherung

Stand: 11.02.2010. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, Stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Foto: HAAP